

26. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 22. März 2013

Top 7: Gegen die gläserne Decke kämpfen: Bundesregierung muss Verantwortung für Realisierung einer Europäischen Frauenquote übernehmen

Antrag

Der Fraktion der SPD

Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/2277

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die FDP-Fraktion hat die Kollegin Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit diesem Antrag hat sich die Koalition wahrlich ein Denkmal gesetzt. Da argumentieren Sie doch tatsächlich, dass eine EU-Quote in Aufsichtsräten eine Maßnahme gegen den Fachkräftemangel sei.

Auf der Ebene der Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen existiert kein Fachkräftemangel, zumindest nicht in dem Sinne, wie Sie ihn hier anführen. Mit einer Quote im Aufsichtsrat können Sie nicht den Mangel an Fachkräften im operativen Geschäft ausgleichen. Die Top-Frauen gehen dem Arbeitsmarkt schon viel früher verloren. Ich hoffe, dass es sich bei Ihrer Argumentation in diesem Zusammenhang lediglich um eine unglückliche Formulierung handelt. Denn wer so argumentiert, der demonstriert nur, dass er keine Ahnung von Großunternehmen hat, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Aber das haben Sie ja schon bewiesen, als Sie unseren Antrag zur Förderung von Frauen bis ins operative Management abgelehnt haben. Da ist es gerade darum gegangen, Frauen von der Pike an über das operative Management bis in die Aufsichtsräte zu unterstützen.

(Beifall von der FDP)

Ihre Argumentation geht insoweit in die falsche Richtung.

Die von Ihnen geäußerte Kritik an Bundesaußenminister Guido Westerwelle teilen wir selbstverständlich nicht. Mit der Auffassung, es gäbe keine ausreichende rechtliche Grundlage für politisches Handeln der EU, steht er keineswegs alleine da. Nach unseren Informationen haben sich auch Großbritannien, die Niederlande, Tschechien, Ungarn, Schweden, Dänemark, die Slowakei, Estland und Lettland gegen eine EU-weite Quote ausgesprochen.

(Beifall von der FDP)

Besonders interessant ist doch, dass hierunter gerade auch die skandinavischen Länder sind, die selbst Quoten eingeführt haben. Im Gegensatz zu Ihnen scheinen die aber verstanden zu haben, dass diese Kompetenz in der Hand der nationalen Parlamente liegt.

Vergegenwärtigen Sie sich doch einmal Ihre eigene Lage! Wenn nämlich die EU im Rahmen paralleler Kompetenzen ein Rechtsgebiet regelt, verlieren die Mitgliedstaaten faktisch ihre Regelungsbefugnis. Selbst wenn man der EU in diesem Fall eine Regelungskompetenz zusprechen könnte, dürfte sie sie nicht im Sinne einer verbindlichen Frauenquote ausüben. Denn hier greift der Subsidiaritätsgrundsatz: Es kann auf nationaler Ebene ausreichend verwirklicht werden. Sonst bräuchten Sie doch nicht laufend mit Ihren Frauenquotenanträgen in den Parlamenten aufzuschlagen. Oder etwa nicht? Mit dem vorliegenden Antrag diskreditieren Sie quasi Ihre eigene Arbeit.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, wenn sich Rot-Grün einmal angeschaut hätte, was die EU in Sachen Frauenquote vorhat, könnten Sie überhaupt nicht für deren Regelungskompetenz sein. Schließlich wäre immer noch folgendes Szenario denkbar: Die EU gibt eine schwächere Regelung vor, als Rot-Grün sie beschließen würde. Beides wollen wir uns jetzt nicht wirklich vorstellen. Aber was machen Sie denn dann? – Ihre Gesetzgebungskompetenz wäre futsch. Wäre Ihnen dann immer noch zum Jubeln? – Wohl eher nicht.

In der Tat hat der Deutsche Bundestag das Recht, eine Subsidiaritätsrüge oder -klage zu erheben. Was Sie in Ihrem Antrag nicht erwähnen, ist, dass die FDP vorgeschlagen hat, dies zu tun. Leider wollte die Union hier nicht mitziehen.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die FDP war und ist gegen eine Frauenquote. Sie ist der falsche Weg, das Problem der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen zu lösen.

(Beifall von der FDP)

Frauenquoten doktern lediglich an den Symptomen herum, beseitigen aber nicht die Ursachen. Und da sind wir wieder beim Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Aber das wollen Sie nicht sehen, das ist Ihnen unangenehm, weil Sie hierfür, wie wir schon an dem schleppenden U3-Ausbau sehen können, kein Händchen und auch kein Konzept haben. Und dass Menschen, die tagtäglich in Unternehmen arbeiten, mit Betreuungsangeboten bis 16 Uhr nicht auskommen, das wollen Sie nicht hören.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Im „DGB-Frauenreport“, den Sie doch so gerne zur Stützung Ihrer Argumente anführen, können Sie lesen, dass es auch weiterhin ein rollentypisches Berufswahlverhalten gibt. Da hätten wir einen weiteren Ansatz: Die Frauen müssen ermutigt werden, in die besser bezahlten Berufe des MINT-Bereiches vorzudringen. – Dazu hören wir wenig von Ihnen. Keine Idee, kein Konzept! Und wenn ich mir den vorliegenden Antrag anschau, muss ich auch noch sagen: Keine Ahnung. Aber beschließen Sie diesen Antrag heute ruhig. Sie torpedieren damit letztlich nur Ihre eigene Position.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, mit Blick auf die generelle Fehlerhaftigkeit einer Frauenquote, ob EU-weit, national oder regional, lehnt die FDP-Landtagsfraktion diesen Antrag ab. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Landtag

Nordrhein-Westfalen 2259

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt der Kollege Olejak.

